



Wirtschaftsbericht 2023

DEUTSCHLAND

Entwicklungen berücksichtigt bis: 15. August 2023

Executive Summary

Die deutsche Wirtschaft wuchs 2022 noch um 1.9%, ein Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Derzeit gibt eine Wachstumsschwäche viel zu reden: Nach zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit negativem Wachstum rutschte Deutschland im Frühjahr 2023 in eine technische Rezession. Die Inflation bleibt dabei hartnäckig auf einem Niveau von über 6% und steht derzeit im Sorgenbarometer der Deutschen an erster Stelle. Der Arbeitsmarkt ist trotz stagnierender Wirtschaft robust und die Arbeitslosigkeit liegt im historischen Vergleich bei derzeit 5.7% auf tiefem Niveau.

Im Zuge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine stiegen die Preise für fossile Energieträger zeitweise stark an. Die Bundesregierung bemüht sich weiter um eine Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Bis im Jahr 2030 soll 80% des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen (gegenüber 52% im ersten Halbjahr 2023). Die Regierung treibt diesen fundamentalen Umbau durch eine aktive Industriepolitik und im engen Austausch mit den betroffenen Unternehmen voran. Gewisse von der Bundesregierung vorgeschlagene energiepolitische Massnahmen wie das geplante faktische Verbot von neuen fossilen Heizungen sind innenpolitisch stark umstritten und führen zu Ängsten vor Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust in Deutschland.

Der deutsche Aussenhandelssaldo hat sich im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr von 175.3 Milliarden Euro auf 82.5 Milliarden Euro halbiert. Der Aussenhandelsüberschuss ist seit 2017 rückläufig, im Jahr 2022 war die Entwicklung unter anderem aufgrund der hohen Energiepreise jedoch besonders prononciert. Das Handelsdefizit gegenüber China kletterte auf das höchste Niveau seit Beginn der Messreihe in den 1950er Jahren. Die als problematisch empfundene Abhängigkeit bei gewissen strategischen Gütern und einzelnen Rohstoffen von China soll über ein sogenanntes «De-Risking», d.h. eine Diversifizierung der Lieferketten, reduziert werden.

Die Schweiz liegt hinsichtlich des Gesamthandelsvolumens unverändert auf Rang 8 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Damit rangiert die Schweiz vor Wirtschaftsmächten wie Indien, Japan oder dem Vereinigten Königreich, das seit 2017 (dem Jahr nach dem Brexit) von Rang 5 auf Rang 11 abgerutscht ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1	WIRTSCHAFTSLAGE UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN	4
2	PRIORITÄRE SEKTOREN UND OPPORTUNITÄTEN FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN	7
3	AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK	9
3.1	Politik und Prioritäten Deutschlands	9
3.2	Aussichten für die Schweiz	11
4	AUSSENHANDEL	12
4.1	Entwicklung und allgemeine Aussichten	12
4.1.1	<i>Warenhandel</i>	12
4.1.2	<i>Dienstleistungshandel</i>	13
4.2	Bilateraler Handel	13
4.2.1	<i>Warenhandel</i>	13
4.2.2	<i>Dienstleistungshandel</i>	15
5	DIREKTINVESTITIONEN	15
5.1	Entwicklung und allgemeine Aussichten	15
5.2	Bilaterale Investitionen	16
6	WIRTSCHAFTS- UND TOURISMUSFÖRDERUNG	17
6.1	Instrumente der Schweizer Aussenwirtschaftsförderung	17
6.1.1	<i>Schweiz Tourismus</i>	17
6.1.2	<i>Präsenz Schweiz</i>	17
6.1.3	<i>Swiss Business Hub, Switzerland Global Enterprise</i>	17
6.1.4	<i>Handelskammer Deutschland-Schweiz und VSUD</i>	18
6.2	Interesse des Gastlandes für die Schweiz	18
6.2.1	<i>Tourismus</i>	18
6.2.2	<i>Bildung und Forschung</i>	18
6.2.3	<i>Investitionen</i>	18
6.2.4	<i>Finanzplatz Schweiz</i>	19
	ANHANG 1 - Wirtschaftsstruktur	20
	ANHANG 2 - Wichtigste Wirtschaftsdaten	21
	ANHANG 3 - Handelspartner	22
	ANHANG 4 - Bilateraler Handel	23
	ANHANG 5 - Hauptinvestoren	24

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Inflationsrate 2022/23	4
Abbildung 2: Aussagen deutscher Unternehmen zu ihrer Reaktion auf den Ukraine-Krieg	10
Abbildung 3: Handelspartner nach Handelsvolumen 2022: Exporte+Importe	12
Abbildung 4: Zusammensetzung der Schweizer Importe aus Deutschland	14
Abbildung 5: Zusammensetzung der Schweizer Exporte nach Deutschland	14
Abbildung 6: Dienstleistungshandel zwischen Deutschland und der Schweiz; Mrd. CHF	15
Abbildung 7: Hauptinvestoren in Deutschland	16

1 WIRTSCHAFTSLAGE UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Nachdem sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2021 in den Ausläufen der Covid-19 Pandemie wieder etwas erholt hatte, wuchs das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Deutschlands 2022 um 1.9% auf 3.87 Billionen Euro – rund einen Prozentpunkt weniger als im Vorjahr.¹ Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 prägte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stark. So stiegen die Energie- wie auch Nahrungsmittelpreise deutlich an und es kam zu Material-, Liefer- und Personalengpässen.² Dabei erwies sich die deutsche Wirtschaft jedoch insgesamt als resilienter als von einigen Sachverständigen befürchtet, insbesondere was ihre Anpassungsfähigkeit an die gestiegenen Energiekosten betrifft.

Dennoch rutschte die deutsche Wirtschaft nach zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit sinkendem BIP (Q4 2022: -0.5%, Q1 2023: -0.3%) Ende April 2023 in eine **technische Rezession** ab.³ Im zweiten Quartal 2023 stagnierte die Wirtschaft (Wachstum von 0.0%).⁴ Die **hohen Energiepreise** belasten die Kaufkraft und den Konsum der privaten Haushalte und die steigenden Zinsen führen zu weniger Investitionen. Entsprechend fallen die Wachstumsprognosen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁵ für das Jahr 2023 mit einem erwarteten BIP-Wachstum von 0.2% deutlich geringer aus als vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine erwartet.⁶ Im Juli 2023 prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) gar, dass die deutsche Wirtschaft 2023 um 0.3% schrumpfen werde. Damit liegt Deutschland in der Rangliste der grossen Volkswirtschaften in Punkto Wachstum dieses Jahr an letzter Stelle. Für die Periode zwischen 2019 und 2028 rechnet der IWF mit einem Wachstum für Deutschland von 8%, gleichauf mit dem Vereinigten Königreich. Zum Vergleich: Frankreich soll im gleichen Zeitraum um 10%, die Niederlande um 15% und die USA sogar um 17% wachsen.⁷



Abbildung 1: Inflationsrate 2022/23⁸

Die Inflation bleibt auch im laufenden Jahr die wichtigste Sorge der Deutschen.⁹ Im Juni 2023 lag sie bei 6.4%.¹⁰ Im Vergleich zur durchschnittlichen Inflationsrate von 7.9% im Jahr 2022 und dem Höchststand von 10.4% im Oktober 2022 sank sie somit wieder moderat.¹¹ Allerdings sind insbesondere die steigenden Nahrungsmittelpreise mit einem Plus von 13.7% gegenüber dem Vorjahresmonat Juni 2022 weiterhin ein gewichtiger Preistreiber. Die Preise für Energieprodukte lagen 3.0% über dem Vorjahresniveau. Für das Jahr 2023 wird mit einer

¹ Destatis (2023). [Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bruttoinlandsprodukt \(BIP\)](#).

² Deutsche Bundesbank (2023). [Deutsche Wirtschaft wächst 2022 um 1.9 Prozent](#).

³ Destatis (2023). [Bruttoinlandsprodukt: Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2023](#)

⁴ Destatis (2023). [Pressemitteilung Nr. 299 vom 28. Juli 2023](#).

⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2022). [Veröffentlichung Jahresgutachten 2022/23](#).

⁶ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023). [Konjunkturprognose März 2023](#).

⁷ The Economist (2023): [Europe's motor: How the wheels came off](#).

⁸ Eigene Darstellung nach Destatis (2023). [Verbraucherpreisindex und Inflationsrate](#).

⁹ GfK (2023). [Sorgen der Deutschen im Wandel: Inflation bleibt an erster Stelle, während Klimawandel absteigt](#).

¹⁰ Destatis (2023). [Verbraucherpreisindex und Inflationsrate](#).

¹¹ Destatis (2023). [Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023](#).

Inflationsrate von durchschnittlich 6.6 % gerechnet. 2024 dürfte die Rate auf 3.0 % sinken.¹² Die Bundesregierung verabschiedete im November 2022 ein Inflationsausgleichsgesetz, das die mit der kalten Progression verbundenen Steuer Mehrbelastungen ausschliessen soll. Die Steuerlast wird dadurch an die Inflation angepasst.¹³

Um die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sowie die hohen Preise für Strom und Gas für Privathaushalte und Unternehmen abzufedern, verkündete die Bundesregierung im Februar, März und September 2022 drei **Entlastungspakete** im Umfang von insgesamt 280 Milliarden Euro und im September 2022 einen zusätzlichen wirtschaftlichen Abwehrschirm in Höhe von 195 Milliarden Euro. Das Inflationsausgleichsgesetz wurde im Oktober 2022 beschlossen. Die Massnahmen zielten auf die Dämpfung womöglich existenzbedrohender Kostensteigerungen und auf die Stabilisierung der Kaufkraft.¹⁴ Inhalt der Massnahmen sind unter anderem eine a) Strompreisbremse, b) Einmalzahlungen für Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende, c) Erhöhung des Kinder- und des Wohngelds, d) Entlastung bei Sozialversicherungsbeiträgen, e) eine Nachfolgeregelung für das sogenannte 9-Euro-Ticket, f) eine Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und g) die Verschiebung des erhöhten CO₂-Preises auf 2024. Eine im Mai 2023 veröffentlichte Kurzstudie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte fest, dass diese Massnahmen zielgerichtet wirkten, um besonders Haushalte mit geringem Einkommen stark zu entlasten. Zudem hätten die Massnahmen einen langfristig stabilisierenden wie auch stimulierenden Effekt auf die deutsche Wirtschaft gehabt.¹⁵

Der Fiskus schloss das Jahr 2022 mit einem **Finanzierungsdefizit** von 101.3 Milliarden Euro ab. Das Defizit verringerte sich dabei im Vorjahresvergleich um 32.9 Milliarden Euro, bleibt aber weiterhin auf einem hohen Stand. Mit einem Defizit von 2.6% der Wirtschaftsleistung wurde somit nach zwei Jahren der – zurzeit ausgesetzte – Referenzwert des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaket von 3% wieder erreicht. Jedoch stiegen laufende Transferzahlungen aufgrund der Entlastungspakete zur Bekämpfung der Energiekrise um 25.4% und die geleisteten Vermögenstransfers unter anderem wegen Massnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung (Ausbau von Flüssiggasterminals, finanzielle Unterstützung von Energiekonzernen) um 34.2%. Die Ausgaben für Leistungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit stiegen um 27.2%, was vor allem auf die grosszügige materielle Unterstützung für die Ukraine zurückzuführen ist.

Obwohl die **Arbeitslosenquote** ab Mitte 2022 vor allem durch die Erfassung erwerbsfähiger ukrainischer Geflüchteter leicht anstieg, lag sie im Jahresdurchschnitt bei 5.3%, was einen Rückgang von 0.4% im Vergleich zum Jahr 2021 bedeutete.¹⁶ Bis Juni 2023 stieg sie saisonbereinigt aber wieder auf 5.7% an, wobei die Fluchtmigration aus der Ukraine 0.4 Prozentpunkte beigetragen haben dürfte. Es treten deutliche regionale Unterschiede auf: Am tiefsten ist die Arbeitslosigkeit in Bayern (3.2%) und Baden-Württemberg (3.8%), am höchsten in den Stadtstaaten Bremen (10.6%) und Berlin (8.9%).¹⁷ Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitenden nimmt seit Frühling 2022 leicht ab, durchschnittlich waren 2022 rund 845'000 offene Arbeitsstellen gemeldet, im Juni 2023 noch rund 769'000.¹⁸

Aufgrund der «3-D» des Strukturwandels (Demografie, Digitalisierung, Dekarbonisierung), den Nachholeffekten der Covid-19 Pandemie sowie den Auswirkungen des Ukrainekriegs ist davon auszugehen, dass der **Mangel an Fachkräften** in Deutschland mittelfristig stark zunehmen wird. «2026 werden ca. 240'000 Arbeitsplätze mehr zu besetzen sein, als Arbeitskräfte

¹² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2023). [Aktualisierte Konjunkturprognose: ein milder Winter macht noch keinen Frühling.](#)

¹³ Bundesministerium der Finanzen (2023). [Schnelle und spürbare Entlastungen in Milliardenhöhe.](#)

¹⁴ Die Bundesregierung (2022). [Abwehrschirm über 200 Mrd. Euro.](#)

¹⁵ DIW Berlin (2023). [Makroökonomische Effekte der finanz- und wirtschaftspolitischen Massnahmen der Entlastungspakete I–III sowie des wirtschaftlichen Abwehrschirms.](#)

¹⁶ Bundesagentur für Arbeit (2023). [Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Dezember und Jahr 2022.](#)

¹⁷ Destatis (2023). [Arbeitslosenquote Deutschland.](#)

¹⁸ Bundesagentur für Arbeit (2023). [Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, April 2023.](#)

verfügbar sein werden», schreibt die Bundesregierung.¹⁹ Bis 2035 werden rund 7 Millionen Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, was rund einem Siebtel des gesamten Marktes entspricht.²⁰ Die im Oktober 2022 beschlossene Fachkräftestrategie der Bundesregierung setzt auf fünf Handlungsfelder, darunter die Stärkung der dualen Berufsausbildung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, vor allem bei Frauen, und eine gezielte Einwanderungspolitik für ausländische Fachkräfte. Im Juni 2023 wurde zudem das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das eine Potentialbewertung in Form eines Punktesystems vornimmt, beschlossen.²¹ Des Weiteren stieg der gesetzliche Mindestlohn per 1. Oktober 2022 in einem deutlichen Erhöhungsschritt um 1.55 Euro auf 12 Euro an. Im Jahr 2024 und 2025 wird der Stundenansatz schrittweise um jeweils weitere 41 Cent auf 12.82 Euro pro Stunde erhöht werden. Davon profitieren insbesondere Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Arbeitnehmerverbände kritisieren allerdings, dass diese künftigen Erhöhungen ungenügend seien.

Trotz einem **Nominallohnanstieg** (+3.4%) nahm die Kaufkraft vieler Menschen in Deutschland 2022 ab. Reflektiert wird dies durch den stärksten Rückgang der **Reallöhne** seit 2008 um 4.0%. Im Gegensatz zu 2020, als vor allem der Einsatz von Kurzarbeit zur negativen Entwicklung beigetragen hatte, bremste die hohe Inflation die Nominallohnentwicklung aus.²² Die Inflation wirkte sich auch auf die **Konsumausgaben** der privaten Haushalte aus. Diese stiegen im Jahr 2022 um 10.7%, preisbereinigt um 3.4% gegenüber dem Vorjahr. Die **Sparquote** sank gegenüber dem Vorjahr um 4.0% auf 11.4%. Sie lag damit aber immer noch knapp über dem Niveau vor der Pandemie, als sie im Durchschnitt (2017-2019) 10.9% betragen hatte.²³

Die im Hinblick auf die Einhaltung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens von 2015 selbst gesetzten **Klimaziele** erreichte Deutschland 2022 nur knapp. Der Ausstoss von Treibhausgasen sank gegenüber dem Vorjahr um 1.9%. Für diese Reduktion ist in erster Linie das abgeschwächte Wirtschaftswachstum verantwortlich. Erneut lagen die Emissionswerte für den Verkehrs- und den Gebäudesektor oberhalb der vorgegebenen Zielwerte. Laut geltendem Klimaschutzgesetz muss das zuständige Ministerium in solch einem Fall innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm zur Einhaltung der Jahresemissionsmengen für den betroffenen Sektor vorlegen. Im Rahmen von Verhandlungen kamen die Koalitionsparteien im März 2023 überein, dass die Erreichung der bisherigen für jeden Sektor einzeln definierten Klimaziele zukünftig nur noch «anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtrechnung» überprüft werden soll.²⁴

Die Abkoppelung Deutschlands von **russischem Gas** beschleunigte die Umstellung auf erneuerbare Energieträger teilweise. Im ersten Halbjahr 2023 stammten 52% des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen wie Wind oder Sonne.²⁵ In der «neuen Deutschland-Geschwindigkeit» wurde zudem das erste LNG-Terminal innerhalb von 194 Tagen geplant und im Dezember 2022 in Wilhelmshaven fertiggestellt. Von den insgesamt sechs geplanten LNG-Terminals bis Ende 2023 sind drei bereits im Regelbetrieb, die Terminals sollen rund ein Drittel des bisherigen Gasbedarfs decken.²⁶ In diesem Tempo soll laut Kanzler Scholz die gesamte wirtschaftliche Transformation vorantgetrieben werden.²⁷ Vor dem Hintergrund der befürchteten Energiekrise im Winter 2022/23 erfolgte die für Ende 2022 vorgesehene Ausserbetriebnahme der drei letzten aktiven Atomkraftwerke erst am 15. April 2023.

¹⁹ Die Bundesregierung (2022). [Neue Wege zur Fachkräftesicherung](#).

²⁰ IAB-Forum (2022). [Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt](#).

²¹ Die Bundesregierung (2023). [Deutschland wird ein modernes Einwanderungsland](#).

²² Destatis (2023). [Nach Revision: Reallöhne im Jahr 2022 um 4.0% gegenüber 2021 gesunken](#).

²³ Destatis (2023). [Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im Jahr 2022 um 3.4%](#).

²⁴ SPD, Grüne, FDP (2023): [Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung](#).

²⁵ BDEW (2023). [Erneuerbare Energien haben im ersten Halbjahr mehr als die Hälfte des Stromverbrauchs gedeckt](#).

²⁶ Die Bundesregierung (2023). [Erster Anleger für Flüssigerdgaslieferung in Betrieb](#).

²⁷ Der Bundeskanzler (2023). [Rede von Bundeskanzler Scholz beim Weltwirtschaftsforum am 18. Januar 2023](#).

2 PRIORITÄRE SEKTOREN UND OPPORTUNITÄTEN FÜR SCHWEIZER UNTERNEHMEN

Der **Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft** und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellen besonders energieintensive Unternehmen in Deutschland vor grosse Herausforderungen. Fossile Energieträger sollen sukzessive durch Solar- und Windenergie sowie grünen Wasserstoff ersetzt werden. Bis 2030 sollen 80% des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Dies zieht auch einen Aus- und Umbau der Energienetze nach sich, welche die Orte, an denen besonders günstige Bedingungen für die Produktion von erneuerbaren Energien herrschen, mit den traditionellen Industriestandorten verbinden sollen. Die Bundesregierung treibt diesen fundamentalen Umbau durch eine aktive Industriepolitik und im engen Austausch mit den betroffenen Unternehmen voran.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) lud zwischen Juli und Dezember 2022 Vertreterinnen und Vertreter der Industrie zu einem «Stakeholderdialog industrielle Produktionskapazitäten für die Energiewende (StiPE)» ein. Daran beteiligt waren auch verschiedene in der Schweiz domizilierte Unternehmen aus den Bereichen Netztechnik, Smart Meters und Photovoltaik. Der Dialog mündete in elf Handlungsempfehlungen für eine zukunftsgerichtete deutsche Industriepolitik, darunter beispielsweise eine Investitionskostenförderung für Produktionsstätten. Darauf aufbauend gab das BMWK Ende Juni 2022 bekannt, für ausgewählte Leuchtturmprojekte in der Solarindustrie Beihilfen gewähren zu wollen.²⁸ Im Mai 2023 veröffentlichte das Wirtschaftsministerium eine neue Photovoltaik-Strategie mit Massnahmen, um den Ausbau zu beschleunigen.²⁹ Von diesen Entwicklungen können auch Schweizer Firmen wie das Solartechnikunternehmen Meyer Burger profitieren. Das Unternehmen ist der wichtigste verbleibende industrielle Hersteller von Solarzellen in Europa und produziert derzeit an drei Standorten in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Diese stehen im Wettbewerb zu geplanten Werken in den USA, die dank dem dortigen sogenannten **Inflation Reduction Act** (IRA) von hohen Subventionen profitieren können.

Des Weiteren trat am 1. Februar 2023 das **Wind-an-Land-Gesetz** in Kraft. Damit werden die Bundesländer verpflichtet, zwischen 0.5% und 2.2% ihrer Fläche für Windräder zur Verfügung zu stellen. Um das gesetzte Ziel von 115 Gigawatt Gesamtleistung durch Onshore-Windkraft bis 2030 zu erreichen, müssten von 2023 bis Ende 2029 jeden Tag rund sechs neue Windräder mit einer durchschnittlichen Leistung von 4.2 Megawatt in Deutschland in Betrieb gehen. Für Windparks auf dem Meer ist eine Leistung von mindestens 30 Gigawatt vorgesehen. Eine weitere grosse Herausforderung besteht darin, die mit Windkraft oder Photovoltaik erzeugte Energie zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu bringen. Die grossen Trassen dazu (z. B. Ostsee zum Festland) fehlen noch. Damit diese Herausforderungen gemeistert werden können, sind grosse Investitionen im deutschen Stromübertragungsnetz nötig. Schweizer Firmen mit Know-how im Bereich Netztechnik könnten sich demzufolge neue Aufträge erschliessen.

Parallel zur Energiewende soll die **Wärmewende** beschleunigt werden. Davon sind u. a. der Bau- und der Immobiliensektor betroffen. 2024 soll das neue Gebäudeenergiegesetz in Kraft treten. Dieses sieht vor, dass möglichst jede neu eingebaute Heizung in Deutschland zu 65% mit erneuerbaren Energien betrieben wird. Nachdem das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung zu einer grossen öffentlichen Kontroverse geführt hatte, korrigierte es die Bundesregierung mit einem neuen, deutlich abgeschwächten Entwurf mit einer Reihe von Ausnahmen und Subventionen zur Abfederung sozialer Härten. Das Gesetz soll im September vom Bundestag verabschiedet werden.

In Deutschland wird bis 2028 eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung eingeführt. Damit sollen die Kommunen verpflichtet werden, die Potenziale für den Anschluss von Gebäuden an Wärmenetze zu ermitteln. Das Bundeskabinett hat im August 2023 einen Gesetzesentwurf

²⁸ Deutsche Energieagentur (2023). [Entwurf einer industriepolitischen Strategie für erneuerbare Energien und Stromnetze](#).

²⁹ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023): [Photovoltaik-Strategie](#).

zur Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze zugestimmt. Ziel ist es, in allen rund 11'000 Kommunen Deutschlands eine Wärmeplanung zu haben. Wärmenetze sollen bis 2030 mit einem Anteil von 30 % und bis 2040 mit einem Anteil von 80 % Wärme aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme gespeist werden. Solange keine kommunale Wärmeplanung vorliegt, gelten beim Heizungstausch die Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes noch nicht.

Der Markthochlauf für **Wasserstoff** wird derzeit stark vorangetrieben. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass Deutschland auch künftig in bedeutendem Masse von Energieimporten abhängig sein wird. Im Mai 2023 wurde der Zusammenschluss der deutschen H2Global-Plattform mit der Europäischen Wasserstoffbank besiegelt. H2Global will die Nachfrage nach klimaneutralem Wasserstoff in Deutschland und in Zukunft auch in der EU decken und dadurch private Investitionen in die wirtschaftliche Nutzung von grünem Wasserstoff sowie eine Etablierung von Wasserstofflieferketten unterstützen.³⁰ Die Niederlande haben dabei angekündigt, Wasserstoffbezugsverträge im Wert von bis zu 300 Millionen Euro über H2Global abschliessen zu wollen.

Dass die Energiewende Deutschlands viele Möglichkeiten für Schweizer Unternehmen bietet, zeigt das Beispiel der Schweizer Vermögensverwaltungsgesellschaft Partners Group. Diese beteiligt sich unter anderem finanziell am Bau eines LNG-Terminals im niedersächsischen Stade. Zudem gab das Unternehmen im Juni 2023 bekannt, ein 60-Megawatt Portfolio bestehend aus 35 Biogas- und zehn Biomethananlagen im Nordosten von Deutschland akquiriert zu haben. Die Infrastruktur, «The Platform» genannt, werde nun durch die Partners Group weiterentwickelt und soll damit gemäss der Firma einen Teil zur Energiewende in Europa beitragen.³¹

Die **Carbon Capture and Storage**-Technologie (CCS), bei der CO₂ komprimiert und unterirdisch gespeichert wird, wird in Deutschland nach anfänglicher Skepsis nun als realistische Option für die Erreichung der Klimaziele betrachtet. Spätestens ab 2045 müssten jährlich Restemissionen – besonders in emissionsintensiven Branchen wie Zement, Glas, Kalk, Abfall und Chemie – in Höhe von 34-73 Mio. Tonnen CO₂ ausgeführt und gespeichert werden, damit die Klimaziele erreicht werden können.³² Schweizer Unternehmen wenden bereits heute Technologien im Bereich des Carbon Dioxid Removal an und stossen damit auch in Deutschland auf zunehmendes Interesse.

Die traditionellen Schlüsselindustrien Deutschlands – allen voran die **Automobilbranche** – stehen unter grossem Anpassungsdruck: Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 3.4 Millionen Autos produziert, eine Zunahme von 11% gegenüber dem Vorjahr. Das Vorkrisenniveau von 2019 wird jedoch noch immer um rund 26% unterschritten. Gleichzeitig war jedes dritte neu zugelassene Auto 2022 ein Elektrofahrzeug.³³ Die zunehmende Nachfrage nach Hybrid- und Elektrofahrzeugen ist auch für die Schweizer Automobilzulieferindustrie von Interesse.

Hinsichtlich der **Schienenwende** hat Bundesverkehrsminister Wissing angekündigt, die Leistungsfähigkeit der Bahninfrastruktur zu erhöhen und ab 2024 den Ausbau von besonders beanspruchten Streckenabschnitten vorantreiben zu wollen. Konkret geht es dabei um rund 10% des gesamten Schienennetzes, was rund 3'500 Kilometern entspricht. Die Massnahmen eröffnen neue Geschäftsmöglichkeiten für Schweizer Bahnzulieferer, die jeweils in grosser Zahl an der alle zwei Jahre stattfindenden Leitmesse InnoTrans in Berlin präsent sind. Im Juni 2023 organisierte die Schweizerische Botschaft in Berlin eine «Bahnreise» für Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Verkehrspolitik in die Schweiz, um sich vor Ort über neue Ansätze für die Schienenmobilität auszutauschen. Weiter fand am 27. Juni 2023 der «Tag der Schweizer Bahnindustrie» in Berlin statt, an dem über grenzüberschreitende Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert wurde. Deutschland solle als Lokomotive die Mobilität auf der

³⁰ European Commission (2023). [Joint statement by Commissioner Simson and German Minister Habeck on energy issues.](#)

³¹ Partners Group (2023). [Partners Group to acquire a leading biogas and biomethane Platform in Germany.](#)

³² Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung (2022). [Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz.](#)

³³ Verband der Automobilindustrie (2023). [Deutscher Pkw-Markt 2022: Leicht über Vorjahresniveau.](#)

Schiene vorantreiben, die Schweiz solle weiterhin als Labor für Innovationen agieren, so das Fazit der gut besuchten Veranstaltung.

Eine weitere Priorität der Ampelregierung ist die **Digitalisierung**. Gesetze werden ab 2023 nur noch digital veröffentlicht und eine Gesellschaft mit begrenzter Haftung kann seit dem 1. August 2022 komplett online gegründet werden. Kritische Stimmen monieren, dass die Bundesregierung ihrem Anspruch, die Kompetenzen im Digitalbereich zu bündeln, noch nicht nachgekommen sei: Anstelle der Schaffung eines Digitalministeriums sei die Zuständigkeit für das Thema nach wie vor auf unterschiedliche Ministerien verteilt. Trotzdem treibt die Bundesregierung digitale Innovationen voran und fördert die Entwicklung und Anwendung neuer Schlüsseltechnologien, bspw. künstliche Intelligenz. Diese Massnahmen eröffnen neue Kooperationsfelder für Schweizer Akteure aus diesen Bereichen.

Laut Bundeskanzler Scholz sind **Halbleiter** «das Erdöl des 21. Jahrhunderts». Deutschland müsse seine Kapazitäten strategisch aufbauen. Die deutsche Bundesregierung unterstützt den Münchner Chip-Hersteller Infineon beim Bau eines Halbleiterwerks in Dresden mit rund einer Milliarde Euro Fördergeld. Der taiwanesischer Marktführer TSMC wird gleichenorts ebenfalls mit 5 Milliarden Euro unterstützt. Zudem erhielt der US-amerikanische Chipproduzent Intel die Zusage einer Subvention in Höhe von rund 9.9 Milliarden Euro für den Bau einer Chip-Produktionsstätte in Magdeburg.³⁴ Damit soll laut Regierung die Unabhängigkeit Deutschlands hinsichtlich sensibler Technologien sichergestellt werden (On-shoring strategisch wichtiger Güter) und die Abhängigkeit von China reduziert werden. Die Investitionen stehen im Einklang mit dem European Chips Act, der den weltweiten Produktionsanteil von Halbleitern in Europa bis 2030 auf 20% verdoppeln will.³⁵ Neben der Chip-Produktion will die Bundesregierung den grünen Umbau bedeutender Industriezweige in Deutschland fördern. Der Stahlkonzern Thyssen-Krupp darf mit einer staatlichen Unterstützung von rund 2 Milliarden Euro für die nachhaltige Umstellung seiner Stahlproduktion rechnen.

Schliesslich hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem international führenden **Biotechnologie**-Standort zu machen. Als direkte Folge der Pandemie floss 2020 und 2021 Wagnis-Kapital in Milliardenhöhe in deutsche Biotechnologie-Unternehmen.³⁶ Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Hessen haben eigene Initiativen gestartet, um sich als Standort für die Gesundheitsindustrie zu profilieren. An der Initiative Baden-Württembergs ist auch der Schweizer Pharmakonzern Roche, der in Deutschland rund 17'500 Beschäftigte zählt, prominent beteiligt. Der Roche-Standort in Mannheim ist mit rund 8'400 Mitarbeitenden der weltweit drittgrösste Standort der Firma.

3 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

3.1 Politik und Prioritäten Deutschlands

Infolge der **EU-Sanktionen gegen Russland** nahmen die Exporte Deutschlands in das Land im Jahr 2022 um 45.2% ab. Aufgrund anhaltender Energieimporte aus Russland bis Mitte 2022 und deren stark gestiegenen Preise stieg der Wert der Importe aus Russland 2022 um 7.0%. Die aus Russland importierte Warenmenge ging allerdings um 41,5 % zurück.³⁷ Seit dem 30. August 2022 kommt kein russisches Pipeline-Erdgas mehr in Deutschland an. Das meiste **Gas** importiert Deutschland nun aus Norwegen (47.8%), den Niederlanden (23.1%) und Belgien (18.1%). Die **Öl**importe aus Russland vor Beginn des Ukraine-Kriegs deckten 35.6% des deutschen Bedarfs ab. Im Januar 2023 wurden noch rund 3'500 Tonnen russisches Erdöl nach Deutschland importiert, dies entspricht einem rechnerischen Rückgang von 99.9% im Vergleich zum Vorjahr. Ersatz kommt aus Norwegen, Grossbritannien, Kasachstan, den USA

³⁴ Handelsblatt (2023). [Subventionen für Intel-Werk in Magdeburg sollen auf 9.9 Mrd. Euro steigen.](#)

³⁵ Tagesschau.de (2023). [Startschuss für Infineons Milliardenprojekt.](#)

³⁶ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2022). [Venture Capital in BioTech -Startups -Startups in Deutschland.](#)

³⁷ Destatis (2023). [Exporte nach Russland im Jahr 2022 um 45.2% niedriger als im Vorjahr.](#)

und den Vereinigten Arabischen Emiraten.³⁸ Zur Diversifizierung der Energielieferanten besuchte Bundeskanzler Scholz Ende September 2022 mit einer Wirtschaftsdelegation Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Dabei wurden verschiedene Vereinbarungen zwischen privaten Unternehmen über Energielieferungen geschlossen.³⁹ Im Dezember 2022 wurde ein Gaslieferabkommen mit Katar unterzeichnet. Qatar Energy will ab 2026 jährlich 2 Millionen Tonnen Flüssiggas (LNG) nach Deutschland liefern.

Seit Kriegsbeginn in der Ukraine im Februar 2022 haben deutsche Unternehmen mehr als 10 Milliarden Euro im Zusammenhang mit ihren Geschäften in Russland abgeschrieben. Der angeschlagene Gasimporteure Uniper wurde im September 2022 verstaatlicht. Der Bund einigte sich mit dem finnischen Mutterkonzern Fortum auf ein Stabilisierungspaket und hält künftig 99% der Unternehmensanteile. Uniper kontrolliert 40% des deutschen Gasmarkts und ist somit systemrelevant für die deutsche Wirtschaft. Ebenfalls verstaatlicht wurde im November 2022 der Gasimporteure Securing Energy for Europe (ehem. Gazprom Germania), der zuvor bereits unter Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur gestanden hatte.



Abbildung 2: Aussagen ausgewählter deutscher Unternehmen zu ihrer Reaktion auf den Ukraine-Krieg.⁴⁰

Die Erfahrung der Abhängigkeit von Russland im Energiebereich überschattet auch die Zusammenarbeit Deutschlands mit seinem wichtigsten Handelspartner **China**. Das Handelsvolumen mit dem Land betrug 2022 fast 300 Milliarden Euro und ist besonders in Bezug auf die Importe von essentiellen Bestandteilen für Schlüsseltechnologien für die Energiewende, die Elektromobilität und die Windkraft von grosser Bedeutung. Zwischen Januar und November 2022 importierte Deutschland rund 5'300 Tonnen Seltene Erden im Wert von 49.3 Millionen Euro. 65.9% dieser Rohstoffe kommen aus China. Einzelne Seltene Erden, wie beispielsweise die Metalle Scandium und Yttrium, kommen zu 94.4% aus China.⁴¹

China bleibt der grösste Absatzmarkt für sämtliche deutsche Autobauer. Allein Volkswagen beschäftigt im Reich der Mitte rund 100'000 Mitarbeitende und verkauft jährlich 3 Millionen Fahrzeuge. Beim Chemieriesen BASF trägt China mit 15% zum Konzernumsatz bei. Da das Land mittlerweile 40% des globalen Chemiemarkts ausmache, hat BASF angekündigt, bis 2030 10 Milliarden Euro in eine Produktionsstätte in der Provinz Guangdong zu investieren. Trotz der Wichtigkeit Chinas als Absatzmarkt kündigte die Bundesregierung im März 2023 an, dass deutsche Mobilfunkanbieter dazu verpflichtet werden könnten, bereits verbaute Komponenten chinesischer Hersteller aus ihren Anlagen zu entfernen. Grund dafür sei die Einstufung der deutschen Mobilfunkinfrastruktur als «kritisch».⁴² Umstritten war weiter die Beteiligung einer chinesischen Reederei im Hamburger Hafen. Dem chinesischen Staatskonzern wurde schliesslich eine Minderheitsbeteiligung an einem Hamburger Terminal gewährt. Indes hat das Bundeskabinett den Verkauf der Chipfertigung der Dortmunder Firma Elmos nach China untersagt. Auch die Übernahme eines weltweit tätigen Unternehmens in der Halbleiteranlagenindustrie wurde von der Bundesregierung unterbunden. Es gehe darum, die Sicherheit in Deutschland und vor allem die kritische Infrastruktur zu schützen, begründete

³⁸ Destatis (2023). [Erdölimporte aus Russland im Januar 2023 auf 3'500 Tonnen gesunken.](#)

³⁹ Bundesregierung (2022). [Drei Golfstaaten in zwei Tagen.](#)

⁴⁰ Eigene Darstellung nach NZZ (2023). [Wie sich der Ukraine-Krieg auf die Preise und die Wirtschaft in Deutschland auswirkt.](#)

⁴¹ Destatis (2023). [Januar bis November 2022: 66% der importierten Seltenen Erden kamen aus China.](#)

⁴² Handelsblatt (2023, 7. März). [Regierung plant Verbot von Huawei und ZTE im deutschen Netz.](#)

Wirtschaftsminister Habeck die Entscheidung. «Eine offene Marktwirtschaft ist keine naive Marktwirtschaft», so Habeck vor der Presse.

Das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene **Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz** regelt die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in den globalen Lieferketten deutscher Unternehmen. Das Gesetz gilt ab 2023 für Unternehmen mit mindestens 3'000 Arbeitnehmenden und ab 2024 mit mindestens 1'000 Arbeitnehmenden in Deutschland. Das Gesetz ermöglicht es Betroffenen von Sorgfaltspflichtverletzungen direkt beim Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA) Beschwerde gegen Unternehmen einzureichen. Nichtregierungsorganisationen machten verschiedentlich von dieser Möglichkeit Gebrauch. Im Juni 2023 wurde bekannt, dass eine solche Beschwerde gegen die Automobilhersteller VW, Mercedes Benz und BMW eingelegt wurde. Die Beschwerde bezieht sich auf Zulieferbetriebe der Unternehmen in der chinesischen Provinz Xinjiang. Der chinesischen Regierung werden dort systematische Unterdrückung der uigurischen Minderheit und Zwangsarbeit vorgeworfen.

Die Befürchtungen hinsichtlich aussenwirtschaftlicher Klumpenrisiken führen zu einer Politik zur Diversifizierung der Lieferketten. Befeuert wird diese zusätzlich durch die Energiewende und die zunehmende Nachfrage nach erneuerbaren Energieträgern. Die Bundesregierung will das in den letzten Jahrzehnten so erfolgreiche exportorientierte Wirtschaftsmodell bewahren und die bestehende Wirtschaftsstruktur so weit wie möglich erhalten. Vor diesem Hintergrund hat das Bundeskabinett am 30. November 2022 eine **Neuausrichtung der deutschen Handelspolitik** beschlossen. Die Regierung spricht sich für einen Ausbau des Netzwerks von Freihandelsabkommen der EU aus, will aber gleichzeitig einem Handel Vorschub leisten, welcher der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit Rechnung trägt.⁴³

Dass diese Neuausrichtung möglichst bald erste Früchte tragen soll, zeigt sich an Deutschlands verstärkter Orientierung in Richtung **lateinamerikanischer Demokratien** und **afrikanischer Staaten**. Das Wiederbeleben der EU-Mercosur Verhandlungen und die zahlreichen Energie- und Klimapartnerschaften werden durch eine verstärkte Besuchsdiplomatie unterstrichen. Trotz intensiver Kritik seitens Umweltaktivisten, NGOs und Wissenschaft spricht sich die Bundesregierung gegen eine Neuverhandlung des Mercosur-Abkommens aus und drängt auf dessen baldige Unterzeichnung.

3.2 Aussichten für die Schweiz

Deutschland ist international **einer der wichtigsten Partner der Schweiz** und in handelspolitischen Fragen meist gleichgesinnt. Entsprechend eng ist die Zusammenarbeit in multilateralen Foren wie der Welthandelsorganisation oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Mit Blick auf die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union ist der intensive Austausch mit der Bundesregierung sowie mit den südlichen Bundesländern (Bayern, Baden-Württemberg) hervorzuheben. Insbesondere die baden-württembergische Landesregierung ist eine Fürsprecherin für die Schweiz in Brüssel. Die grenzüberschreitenden Lieferketten zwischen der Schweiz und Süddeutschland sind stark integriert, sodass gegenseitige Abhängigkeiten und Interessen bestehen. Deshalb wird die nicht geregelte Beziehung zwischen der Schweiz und der EU als Störfaktor der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angesehen.

Bei ihrem Antrittsbesuch in Berlin im November 2022 unterzeichnete SECO-Staatssekretärin Helene Budliger Artieda ein Abkommen über die Zusammenarbeit der schweizerischen und deutschen **Wettbewerbsbehörden**. Dieses fördert eine effizientere Zusammenarbeit in der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts in grenzüberschreitenden Sachverhalten.

Der **Klimaclub**, der unter deutschem Vorsitz der G7 im Jahr 2022 gegründet wurde, strebt eine beschleunigte Dekarbonisierung der Industrie, die Entwicklung von Standards und Definitionen grüner Industrieprodukte und Grundstoffe sowie eine verstärkte internationale Kooperation

⁴³ BMWK (2022). [Eckpunktepapier «Weiterentwicklung des Eckpunktepapiers Handelspolitik der Bundesregierung»](#).

an. An der ersten Sitzung der sogenannten Klimaclub-Taskforce, die am Rand des Petersberger Dialogs im Mai 2023 in Berlin stattfand, nahm neben 17 weiteren Staaten auch die Schweiz teil.⁴⁴

4 AUSSENHANDEL

4.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

4.1.1 Warenhandel

Der deutsche **Aussenhandelssaldo** hat sich im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr von 175.3 Milliarden Euro auf 82.5 Milliarden Euro halbiert.⁴⁵ Der Aussenhandelsüberschuss ist seit 2017 rückläufig, 2022 war die Entwicklung aufgrund eines starken Preiseffekts jedoch besonders ausgeprägt. Im Jahresdurchschnitt 2022 waren die Importpreise um 26,3% höher als im Vorjahr, was insbesondere auf die Preissteigerungen für die Energieimporte zurückzuführen war. Alle Energieträger kosteten 2022 im Durchschnitt deutlich mehr als 2021. Besonders stark stiegen die Preise für Erdgas (+178,6%), Steinkohle (+161,9%) und für Strom (+144%).⁴⁶

Rang 2022 (2021)	Land	Total (Tsd. Euro)	Exporte (Tsd. Euro)	Importe (Tsd. Euro)	Saldo (Tsd. Euro)
1 (1)	China	298'885'064	106'877'212	192'007'852	- 85'130'640
2 (3)	USA	248'340'186	156'190'413	92'149'773	+ 64'040'640
3 (2)	Niederlande	230'188'191	110'645'205	119'542'986	- 8'897'781
4 (4)	Frankreich	185'347'363	116'046'327	69'301'036	+ 46'745'291
5 (5)	Polen	168'011'930	90'562'287	77'449'643	+ 13'112'644
6 (6)	Italien	159'822'696	87'512'318	72'310'378	+ 15'201'940
7 (7)	Österreich	146'340'494	88'680'950	57'659'544	+ 31'021'406
8 (8)	Schweiz	125'980'795	70'632'210	55'348'585	+ 15'283'625
9 (9)	Belgien	124'316'048	61'804'404	62'511'644	- 707'240
10 (11)	Tschechien	113'135'850	54'479'089	58'656'761	- 4'177'672
11 (10)	Vereinigtes Königreich	111'684'864	73'787'444	37'897'420	+ 35'890'024
12 (12)	Spanien	86'430'226	49'009'442	37'420'784	+ 11'588'658
	Total aller Handelspartner	3'071'127'036	1'576'792'490	1'494'334'546	+ 82'457'944

Abbildung 3: Handelspartner nach Handelsvolumen 2022: Exporte+Importe⁴⁷

Im Jahr 2022 wurden Waren im Wert von 298.9 Milliarden zwischen Deutschland und der Volksrepublik China gehandelt. Damit ist **China** zum siebten Mal in Folge **der wichtigste Handelspartner Deutschlands** (siehe Abbildung 4).⁴⁸ Auf den Rängen zwei und drei folgen die USA und die Niederlande, die im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschen. Die USA bleiben das **wichtigste Abnehmerland** deutscher Waren. Das **Vereinigte Königreich** verlor als Handelspartner Deutschlands relativ gesehen weiter an Bedeutung. Im zweiten Jahr nach dem Vollzug des Brexit rutschte es mit einem Handelsvolumen von 111 Milliarden Euro hinter Tschechien auf Rang 11 ab. Im Jahr 2017, kurz nach dem Brexit-Referendum, hatte es

⁴⁴ BMWK (2023). [Klimaclub legt Fokus auf industrielle Dekarbonisierung - Aufbau-Task Force nimmt unter Vorsitz Deutschlands und Chiles Arbeit auf.](#)

⁴⁵ Destatis (2023). [Deutscher Exportüberschuss im Jahr 2022 so niedrig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.](#)

⁴⁶ Destatis (2023). [Importpreise im Dezember 2022: +12,6 % gegenüber Dezember 2021.](#)

⁴⁷ Eigene Darstellung nach Destatis (2023). [Rangfolge der Handelspartner im Aussenhandel.](#)

⁴⁸ Destatis (2023). [Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner.](#)

noch auf Rang 5 gelegen.

Die höchsten **Exportüberschüsse** wies Deutschland im Jahr 2022 mit den USA (+64.0 Mrd. Euro), Frankreich (+46.7 Mrd. Euro) und dem Vereinigten Königreich (+35.9 Mrd. Euro) aus. Der deutsche Exportüberschuss war so niedrig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.⁴⁹ Als Zeichen zunehmender Abhängigkeit von China wird das Handelsdefizit gewertet, das auf den höchsten Wert seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1950 geklettert ist: Für die Volksrepublik weist Deutschland einen **Importüberschuss** von 85.1 Milliarden Euro aus.

Die **wichtigsten deutschen Exportgüter** waren Autos und Autoteile (244.4 Mrd. Euro, +16% gegenüber 2021), gefolgt von Maschinen (208.4 Mrd. Euro, +6.1%) und chemischen Erzeugnissen (162.7 Mrd. Euro, +17.8%). **Importseitig** schlugen Datenverarbeitungsgeräte (147.8 Mrd. Euro, +13.9%), chemische Erzeugnisse (137.3 Mrd. Euro, +44.6%) sowie Erdöl und Erdgas (131.1 Mrd. Euro, +79.1%) am stärksten zu Buche.

4.1.2 Dienstleistungshandel

Die Einnahmen aus dem Dienstleistungshandel betragen im Jahr 2022 für Deutschland 407.7 Milliarden Euro, die Ausgaben 438.5 Milliarden Euro. Das so entstehende Defizit von 30.7 Milliarden Euro wurde zuletzt 2012 in einer ähnlichen Grössenordnung verzeichnet (2012: -30.8 Mrd. Euro; 2021: +4.8 Mrd. Euro). Dennoch liegt der Wert im langjährigen Trend der deutschen **Dienstleistungsbilanz**.

Der negative Saldo kann insbesondere auf den Ausgabenposten im grenzüberschreitenden **Reiseverkehr** zurückgeführt werden, der traditionell mit einem Defizit zu Buche schlägt. Da viel weniger ausländische Reisende Deutschland besuchen als Deutsche im Ausland Ferien machen, übersteigen die deutschen Ausgaben für den Reiseverkehr die Einnahmen deutlich. Der Negativsaldo 2022 befand sich erstmals nach der Covid-19 Pandemie wieder auf Vorkrisenniveau (-55.0 Mrd. Euro). Zum Vergleich: 2021 hatte das Defizit lediglich 24.3 Milliarden Euro betragen. Deutsche gaben 2022 mit 85.0 Mrd. Euro für Aufenthalte im Ausland aus (gegenüber 43.2 Mrd. Euro im Jahr 2021). Auf der Einnahmeseite verzeichnete Deutschland mit 30.0 Milliarden Euro für internationale Übernachtungen (gegenüber 18.8 Mrd. Euro in 2021) ebenfalls eine deutliche Erholung des Reiseverhaltens. Die Ausgaben im Bereich der **grenzüberschreitenden Telekommunikations-, EDV-, und Informationsdienstleistungen** nahmen ebenfalls verstärkt zu (2021: 44.1 Mrd. Euro, 2022: 51.3 Mrd. Euro), was zu einem Saldo von 11.2 Milliarden Euro (2021: 8.5 Mrd. Euro) führte.⁵⁰

4.2 Bilateraler Handel

4.2.1 Warenhandel

Die Schweiz lag hinsichtlich **des Gesamthandelsvolumens** wie im Vorjahr auf Rang 8 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Damit rangiert die Schweiz vor solch wichtigen Wirtschaftsmächten wie Indien, Japan oder dem Vereinigten Königreich. Die Schweiz trägt gemäss deutschen Zahlen mit 15.3 Mrd. Euro zum Exportüberschuss Deutschlands bei.⁵¹

Deutschland ist der **wichtigste Handelspartner** der Schweiz. Das **totale Warenhandelsvolumen** zwischen Deutschland und der Schweiz betrug 2022 gemäss Schweizer Zollstatistik 117.8 Milliarden Franken und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 10.1 Milliarden Franken (Zahlen gemäss Total 2 inkl. Gold, Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteinen, Kunstgegenständen und Antiquitäten). Der Handel mit Deutschland machte 16.3% des gesamten Handelsvolumens der Schweiz aus.⁵² Das Handelsvolumen

⁴⁹ Destatis (2023). [Deutscher Exportüberschuss im Jahr 2022 so niedrig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.](#)

⁵⁰ Deutsche Bundesbank (2023). [Zahlungsbilanzstatistik.](#)

⁵¹ Destatis (2023). [Außenhandel: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland](#)

⁵² Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG): [Plattform Swiss-Impex, Gesamttotal \(Total 2\): mit Gold in Barren und anderen Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten](#), Abfragedatum: 16.06 2023

berechnet in Total 1 (sprich ohne den Handel mit Gold, Antiquitäten, Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen, Kunstgegenständen und Antiquitäten) beläuft sich auf 108.0 Mrd. CHF. Dies entspricht 21.1% des totalen Handelsvolumens der Schweiz.⁵³ Das Handelsvolumen mit Deutschland liegt höher als das kumulierte Total mit den Nachbarstaaten Frankreich, Italien und Österreich.⁵⁴

Importe der Schweiz aus Deutschland	2021 (% des Totals)	2022 (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	24.8	22.6
2. Energieträger	6.8	15.5
3. Maschinen, Apparate, Elektronik	16.1	14.5
4. Metalle	11.5	10.7

Abbildung 4: Zusammensetzung der Schweizer Importe aus Deutschland⁵⁵

Der Gesamtwert der **Importe aus Deutschland** in die Schweiz belief sich im Jahr 2022 auf 66.7 Mrd. CHF (Total 2). Das ist rund 16.8% mehr als im Vorjahr. Deutschland ist für die Schweiz das wichtigste Herkunftsland von Waren. 19.6% aller Importgüter der Schweiz stammen aus Deutschland. Hinsichtlich der Warenart machen Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie (Anteil: 22.6%), Energieträger (Anteil: 15.5%) und Maschinen, Apparate, Elektronik (Anteil: 14.5%) den grössten Teil der aus Deutschland importierten Produkte aus.⁵⁶

Exporte der Schweiz nach Deutschland	2021 (% des Totals)	2022 (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	35.5	32.0
2. Maschinen, Apparate, Elektronik	14.9	15.1
3. Metalle	9.9	10.5
4. Textilien, Bekleidung, Schuhe	4.5	4.2

Abbildung 5: Zusammensetzung der Schweizer Exporte nach Deutschland⁵⁷

Die **gesamten Exporte** nach Deutschland aus der Schweiz betragen 2022 51.0 Mrd. CHF (Total 2). Damit nahmen die Exporte um 0.8% nur leicht zu. Deutschland ist mit einem Anteil von 13.3% nach den USA (Anteil von 16.3%) der zweitwichtigste Absatzmarkt für Schweizer Produkte. Deutschland hatte die Liste der wichtigsten Exportmärkte rund 70 Jahre angeführt, bevor die USA 2021 erstmals zum wichtigsten Schweizer Absatzmarkt aufstiegen.⁵⁸ Diese Entwicklung hat sich nun gefestigt. Die Schweizer Exporte nach Deutschland sind Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie (Anteil: 32.0%), Maschinen, Apparate, Elektronik (Anteil: 15.1%) und Metalle (Anteil: 10.5%).⁵⁹

Aus **regionaler Sicht** ist die Schweiz das zweitwichtigste Herkunftsland für die Importe Baden-Württembergs. 2022 importierte das an die Schweiz angrenzende Bundesland Waren im Wert von 18.6 Milliarden Euro aus der Schweiz. Nur aus China wurde mehr importiert (39.0 Mrd. Euro).⁶⁰

⁵³ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG): [Plattform Swiss-Impex, Gesamttotal \(Total 1\): ohne Gold in Barren und anderen Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten](#), Abfragedatum: 16.06.2023

⁵⁴ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG): [Plattform Swiss-Impex, Gesamthandel Total 1 und Total 2, strukturiert nach Waren](#), Abfragedatum: 16.06.2023

⁵⁵ Eigene Darstellung.

⁵⁶ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG): [Plattform Swiss-Impex](#), Abfragedatum: 06.05.2023 und 16.06.2023

⁵⁷ Eigene Darstellung.

⁵⁸ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG (2023). [Handelspartner](#).

⁵⁹ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG): [Plattform Swiss-Impex](#), Abfragedatum: 06.05.2023 und 16.06.2023

⁶⁰ Baden-Württemberg – Statistisches Landesamt (2023). [Aus- und Einfuhr nach ausgewählten Ländern, Vorläufige Zahlen 2022](#).

Die technische Rezession in Deutschland wirkte sich zum Jahresbeginn 2023 auf die Handelsbeziehungen mit der Schweiz aus. So nahm das Handelsvolumen im ersten Trimester 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 4.8% ab und betrug noch 34.6 Mrd. CHF ab.⁶¹

4.2.2 Dienstleistungshandel



Quelle: SNB, 4/17/2023

Abbildung 6: Dienstleistungshandel zwischen Deutschland und der Schweiz; Mrd. CHF⁶²

Das **Dienstleistungshandelsvolumen** zwischen der Schweiz und Deutschland betrug im Jahr 2022 gemäss Schweizerischer Nationalbank 34.9 Milliarden Franken, was einem Anteil von 11.9% am gesamten Schweizer Dienstleistungshandel entsprach. Deutschland nahm im Dienstleistungshandel mit der Schweiz rund 18.3 Milliarden Franken ein und verzeichnete Ausgaben in der Höhe von 16.6 Milliarden Franken.⁶³

5 DIREKTINVESTITIONEN

5.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

Die unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen ausländischer Investoren in Deutschland beliefen sich Ende 2021 auf 615.3 Milliarden Euro, was einer Zunahme um 5.5 Milliarden Euro entsprach.⁶⁴

Platz	Land	Direktinvestitionen (Mio. Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung (Bestand)	Flüsse 2022 (Mio. Euro)*
1	Luxemburg	127'550	20.7%	+5.8%	-25'024
2	Niederlande	108'340	17.6%	+5.6%	+6'912
3	USA	66'905	10.9%	+16.2%	+17'594
4	Schweiz	47'563	7.7%	-3.1%	+4'766

⁶¹ Handelskammer Deutschland-Schweiz (2023). [Deutschland-Schweiz: Rezession im Aussenhandel spürbar](#).

⁶² Staatssekretariat für Wirtschaft (2023). [Services Trade Cockpit Deutschland](#).

⁶³ Staatssekretariat für Wirtschaft (2023). [Services Trade Cockpit Deutschland](#).

⁶⁴ Deutsche Bundesbank (2023): [Direktinvestitionsstatistiken](#), Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen im Inland (konsolidiert) in Mio. €.

5	Vereinigtes Königreich	40'537	6.6%	+9.8%	-3'648
6	Österreich	34'537	5.6%	+1.8%	+988
	<i>EU-Staaten</i>	<i>380'416</i>	<i>61.8%</i>	<i>-1.0%</i>	<i>-3'904</i>

Abbildung 7: Hauptinvestoren in Deutschland⁶⁵

Die wichtigsten Wirtschaftszweige für ausländische Investoren in Deutschland waren die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, das verarbeitende Gewerbe sowie der Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Die ausländischen Direktinvestoren waren an über 17'000 deutschen Unternehmen beteiligt, die 3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.⁶⁶

Aufgrund der steigenden Zinsen, der weltweiten Wirtschaftsschwäche und der Zurückhaltung der Investoren fiel die Gesamtzahl der Neugründungen von Start-ups in Deutschland im vergangenen Jahr unter das Niveau von 2020. Mit 2'705 Neugründungen im Jahr 2022 wurde rund ein Fünftel weniger Unternehmen gegründet als im Vorjahr. Investitionen in deutsche Start-ups aus der Schweiz machen rund 16.3% der Gesamtzahl der ausländischen Investitionen aus. Dabei platziert sich die Schweiz als zweitgrösste ausländische Kapitalgeberin für deutsche Start-ups nach den USA (21%). Ausländische Investoren finanzieren vor allem Start-ups in der Krypto-, FinTech-, und InsurTech-Branche.⁶⁷

Der Osten Deutschlands erfreut sich derzeit bei internationalen Grossinvestoren besonderer Beliebtheit: Tesla im brandenburgischen Grünheide, Infineon und TSMC in Dresden, der Batteriehersteller CATL in Thüringen oder die Elektronikhersteller Avnet und Intel in Sachsen-Anhalt kündigten neue Investitionen an. Als Standortvorteile gelten die kurzen und sicheren Transportwege innerhalb Europas, die unverbauten, zusammenhängenden Grossflächen, die Platz zum Wachsen bieten, und die Nähe zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten.⁶⁸

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank lag der Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland bei insgesamt 1'506 Milliarden Euro. Hiervon entfielen 409 Milliarden Euro auf die USA, 109 Milliarden Euro auf Luxemburg, 103 Milliarden Euro auf China, 102 Milliarden Euro auf das Vereinigte Königreich und je 53 Milliarden Euro auf Frankreich und die Schweiz.⁶⁹

5.2 Bilaterale Investitionen

Die hohe Verflechtung der deutschen und der schweizerischen Wirtschaft wird unter anderem anhand der gegenseitigen Direktinvestitionen ersichtlich. Die Schweizerische Nationalbank verzeichnete Ende 2021 Direktinvestitionen aus Deutschland in Höhe von 42.1 Milliarden Franken, was 4% aller ausländischen Investitionen in der Schweiz entspricht.⁷⁰

2021 waren 2'086 Firmen in Deutschland gemeldet, deren Mehrheit einem schweizerischen Mutterunternehmen gehört, wobei die tatsächliche Anzahl Schweizer Firmen in Deutschland deutlich höher liegen dürfte.

Direkt beschäftigten die gemeldeten Schweizer Unternehmen 443'000 Arbeitnehmende in Deutschland und machten einen Jahresumsatz von 171.0 Milliarden Euro. Nur niederländisch und luxemburgisch kontrollierte Unternehmen beschäftigten mehr Arbeitnehmende (654'000

⁶⁵ Eigene Darstellung: Anhang 5.

⁶⁶ Deutsche Bundesbank (2023). [Deutschlands Direktinvestitionsbeziehungen in den Jahren 2021/2022](#).

⁶⁷ Startupdetector (2023). [Startupdetector Report 2022](#).

⁶⁸ Tagesschau (2022, 14.6.): [Wie der Osten Investoren anlockt](#).

⁶⁹ Deutsche Bundesbank (2023). [Inländische Direktinvestitionen im Ausland](#).

⁷⁰ Schweizerische Nationalbank (2022). [Direktinvestitionen 2021](#), Kapitalbestand 2021 – Domizilland des unmittelbar und des letztlich Berechtigten, gegliedert nach letztlich berechtigtem Investor.

respektive 472'000).⁷¹ Deutschland ist für viele Schweizer Firmen aufgrund der geografischen, kulturellen und sprachlichen Nähe, der Rechtssicherheit und des stabilen demokratischen Systems ein bevorzugter Ort für Erstinvestitionen im Ausland. Gerade viele KMU sind mit Niederlassungen, Produktionsstätten und Vertriebspartnern vertreten.

Unter Finanzdienstleistern gilt Deutschland als beliebter Standort zur Bearbeitung des europäischen Markts. So verlegte die Genfer Privatbank Pictet ihren europäischen Hauptsitz mit 70 Mitarbeitenden Ende Mai 2023 von Luxemburg nach Frankfurt am Main. Der Standort sei für die Bank attraktiv, weil die Infrastruktur wie auch die benötigten Talente vorhanden seien, so der neue Leiter der Europazentrale.⁷²

6 WIRTSCHAFTS- UND TOURISMUSFÖRDERUNG

6.1 Instrumente der Schweizer Aussenwirtschaftsförderung

6.1.1 Schweiz Tourismus

Schweiz Tourismus (ST) verfügt über drei Niederlassungen im touristisch wichtigsten Auslandsmarkt Deutschland (Hauptsitz in Frankfurt und Aussenstellen in Berlin und Stuttgart). Mithilfe innovativer und integrierter Marketingkampagnen stärkt ST die Positionierung der Schweiz als nachhaltiges und zuverlässiges Reise- und Kongressland. An der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin, der weltweit grössten Reisemesse, vertritt ST die Schweiz seit über 40 Jahren mit einem Stand.

6.1.2 Präsenz Schweiz

Die Strategie Landeskommunikation 2021 - 2024 des Bundesrates zielt darauf ab, die positive Wahrnehmung der Schweiz als innovatives und gleichzeitig traditionsbewusstes Land mit einer hohen Lebens- und Standortqualität zu stärken. Die Landeskommunikation ist auf fünf thematische Prioritäten ausgerichtet, die in den inhaltlichen Schwerpunkten der Aussenpolitischen Strategie 2020 - 2023 verankert sind: Innovation, Wirtschaft, Beziehungen Schweiz-Europa, Finanzplatz Schweiz und Nachhaltigkeit. Seit 2019 hat das Schweizer Vertretungsnetz in Deutschland einen auf vier Jahre angelegten Zyklus unter dem Motto «Die Schweiz: Traditionell innovativ!» entwickelt. Die Kampagne soll zwei Botschaften vermitteln: Erstens ist die Schweiz ein Land, das Innovation nicht erst gestern entdeckt hat, sondern seit jeher innovativ war. Zweitens verbindet die Schweiz bewährte Traditionen wie Dienstleistungsgedanke, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Präzision mit innovativem Denken, Forschen und Handeln.

6.1.3 Swiss Business Hub, Switzerland Global Enterprise

Als in das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) integrierte Aussenstelle von Switzerland Global Enterprise (S-GE), der offiziellen Schweizer Organisation für Exportförderung und Standortpromotion, unterstützt Swiss Business Hub Germany (SBH) vor allem Schweizer KMU bei ihrem internationalen Geschäft in ganz Deutschland und innovationsstarke ausländische Unternehmen bei ihrer Ansiedlung in der Schweiz. Der SBH ist die offizielle Anlaufstelle für deutsche Unternehmen bei allen Fragen zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit in die Schweiz.

Gegründet wurde der SBH 2002. Er hat seinen Sitz im Schweizerischen Generalkonsulat in

⁷¹ Deutsche Bundesbank (2023). [Direktinvestitionsstatistiken](#). Kenngrössen der Unternehmen im Inland. Die Anzahl der in Deutschland niedergelassenen Schweizer Firmen geht aus der Statistik der Deutschen Bundesbank zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen hervor und basiert auf Meldungen der Unternehmen und Privatpersonen, die der Bundesbank einmal jährlich zu erstatten sind. Ausländische Unternehmen in Deutschland sind ab einem Betriebsvermögen von mehr als 3 Mio. Euro meldepflichtig. Kleinere Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von unter 3 Mio. Euro sind demnach nicht meldepflichtig und werden in der Statistik nicht aufgezeigt. Die Anzahl der Mitarbeitenden spielt dabei keine Rolle.

⁷² Finews (2023). [Pictet verlegt die Europazentrale weg von Luxemburg](#).

Stuttgart. Er unterhält ein grosses Netzwerk zu Experten, Institutionen und Stakeholdern. Der SBH fokussiert sich auf vielversprechende Technologiesektoren wie Künstliche Intelligenz, Advanced Manufacturing, Robotics, Biotechnologie oder Digital Health.

6.1.4 Handelskammer Deutschland-Schweiz und VSUD

Die Handelskammer Deutschland-Schweiz mit Sitz in Zürich bietet eine breite Palette von Dienstleistungen und Beratungen an. Sie ist eine wichtige Partnerin der Botschaft in Berlin und der Unternehmen und betreut das Sekretariat der Arbeitsgruppe für den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse des bilateralen Regierungsausschusses. Zudem hat sie Einsitz in der trilateralen Arbeitsgruppe zu Fragen der Umsetzung der Personenfreizügigkeit. Etwa die Hälfte ihrer Mitglieder ist in der Schweiz domiziliert.

Die Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland (VSUD) mit Hauptgeschäftsstelle in Basel unterstützt und berät Schweizer Unternehmen bei ihrem Marktauftritt in Deutschland und vertritt deren Interessen gegenüber der deutschen und der Schweizer Verwaltung und Politik.

Sowohl die Handelskammer als auch die VSUD führen eine nicht abschliessende Liste der Schweizer Unternehmen in Deutschland.

6.2 Interesse des Gastlandes für die Schweiz

6.2.1 Tourismus

2022 buchten deutsche Reisende rund 3.6 Mio. Logiernächte in der Schweiz. Mit 1'021'550 zusätzlichen Nächten konnten mit einer Steigerung von +39.4% deutlich mehr deutsche Gäste verzeichnet werden als im Jahr 2021. Die Deutschen waren somit auch 2022 die mit Abstand grösste ausländische Besuchergruppe in der Schweiz, gefolgt von US-amerikanischen Reisenden (2.3 Mio. Übernachtungen) und Gästen aus dem Vereinigten Königreich (1.4 Mio. Übernachtungen).⁷³

6.2.2 Bildung und Forschung

Im Bereich Bildung und Forschung ist Deutschland international der bedeutendste Partner der Schweiz. Die Zusammenarbeit im Forschungsbereich findet primär im Rahmen der direkten Kooperation zwischen Forschenden statt, die über kompetitive Fördergelder finanziert wird, wobei diejenigen der EU am wichtigsten sind. Mit Hilfe dieser Gelder arbeiteten schweizerische und deutsche Forschungsteams im Rahmen von Horizont 2020 in 1'881 Projekten zusammen. Die Schweiz nimmt an Horizont Europa und damit verbundenen Programmen und Initiativen bis auf Weiteres als nicht assoziiertes Drittland teil, was die traditionell enge Forschungszusammenarbeit mit Deutschland belastet.

Ab 2024 wird Prof. Dr. Thomas Feuerer der Universität Bern Vorsitzender der Geschäftsführung von European XFEL in Hamburg. Die Schweiz gehört neben zehn weiteren Staaten zu den Gründungsmitgliedern der Forschungseinrichtung, die mit dem weltweit grössten Röntgenlaser als Forschungs- und Messstation für internationale Wissenschaftsarbeit dient.

6.2.3 Investitionen

Die Schweiz verfügt über zahlreiche Standortvorteile und rangiert in Erhebungen zur Attraktivität als Wohn-, Arbeits- oder Unternehmensstandort stets in den obersten Rängen. Deutsche erachten die Schweiz als sicheren, wenn auch sehr teuren Investitionsstandort. Wichtig für den Investitionsentscheid ist die hohe Qualität des Service public (Schulen, Sicherheit, kurze Behördenwege, zuverlässiger Bahnverkehr etc.).

⁷³ Bundesamt für Statistik (2023). [Touristische Beherbergungen im Jahr 2022](#).

6.2.4 Finanzplatz Schweiz

Die Übernahme der zweitgrössten schweizerischen Grossbank Credit Suisse durch die Schweizer Marktführerin UBS im März 2023 fand in den deutschen Medien grosse Beachtung. Der grundsätzliche Tenor war kritisch, der Finanzplatz Schweiz habe einen Reputationsschaden erlitten. Der Fokus der Berichterstattung lag auf der Bedeutung der Grossbank als nationales Symbol der Schweiz, deren Kollaps als Schweizer Identitätskrise interpretiert wurde.

Wirtschaftsstruktur Deutschland

	2017	2022
Verteilung des BIP		
Primärsektor	0.9%	1.2%
Verarbeitende Industrie ⁷⁴	30.5%	29.5%
Dienstleistungen	68.6%	69.3%
- davon öffentliche Dienstleistungen	18.1%	18.8%

Verteilung der Beschäftigung		
Primärsektor	1.4%	1.2%
Verarbeitende Industrie ⁷⁵	24.1%	23.6%
Dienstleistungen	74.7%	75.3%
- davon öffentliche Dienstleistungen	24.7%	26.1%

Quellen:

Statistisches Bundesamt Destatis, [Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse](#), Stand März 2023 Tabelle 2.2.1, Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

Statistisches Bundesamt Destatis, [Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse](#), Stand März 2023, Tabelle 2.2.9, Erwerbstätige.

⁷⁴ Produzierendes Gewerbe inklusive Baugewerbe

⁷⁵ Produzierendes Gewerbe inklusive Baugewerbe

Wichtigste Wirtschaftsdaten Deutschland

	2021	2022	2023***
BIP (Mrd. USD)*	4'263	4'075	4'309
BIP PPP (Mrd. USD)*	4'910	5'347	5'546
BIP/pro Kopf (USD)*	51'238	48'636	51'384
BIP PPP/pro Kopf (USD)*	59'017	63'816	66'132
Wachstumsrate (% des BIP)*	2.6	1.8	-0.1
Inflationsrate (%)*	3.2	8.7	6.2
Arbeitslosigkeit (%)*	3.6	3.1	3.3
Budgetsaldo (% des BIP)*	-3.7	-2.6	-3.7
Ertragsbilanz (% des BIP)*	7.7	4.2	4.7
Gesamtverschuldung (% des BIP)**	68.6	66.2	66.4

*) Quelle: IWF, [World Economic Outlook](#) (April 2023)

**) Quelle: IWF, [Article IV Consultation](#) (Juli 2023)

***) Stand April 2023

Handelspartner Deutschlands

Jahr: 2022

Die Schweiz lag in der Rangliste der Exporte aus Sicht Deutschlands auf Rang 9, hinsichtlich der Importe auf Rang 11 und insgesamt gesehen auf Rang 8. Russland und Spanien sind neu nicht mehr unter den zwölf grössten Importländern, stattdessen stiegen die Importe aus Norwegen und dem Vereinigten Königreich.

Platz	Land	Exporte des Gastlandes (Mio. Euro)	Anteil ⁷⁶	Ver. ⁷⁷	Platz	Land	Importe des Gastlandes (Mio. Euro)	Anteil	Ver. ¹⁰
1	USA	156'210	9.9%	28.0%	1	China	191'723	12.8%	35.2%
2	Frankreich	116'025	7.4%	13.5%	2	Niederlande	119'508	8.0%	13.2%
3	Niederlande	110'651	7.0%	10.1%	3	USA	92'497	6.2%	28.4%
4	China	106'852	6.8%	3.1%	4	Polen	77'401	5.2%	12.4%
5	Polen	90'552	5.7%	15.9%	5	Italien	72'302	4.8%	10.7%
6	Österreich	88'736	5.6%	23.4%	6	Frankreich	69'351	4.6%	11.6%
7	Italien	87'495	5.5%	16.0%	7	Belgien	62'428	4.2%	20.3%
8	Vereinigtes Königreich	73'796	4.7%	12.9%	8	Norwegen*	62'105	4.2%	220.1%
9	Schweiz	70'633	4.5%	16.5%	9	Tschechien	58'666	3.9%	17.0%
10	Belgien	61'829	3.9%	22.6%	10	Österreich	57'632	3.9%	21.1%
11	Tschechien	54'412	3.5%	15.6%	11	Schweiz	55'268	3.7%	13.1%
12	Spanien	49'036	3.1%	12.5%	12	Vereinigtes Königreich*	37'977	2.5%	17.8%
	Total	1'576'759	100%	14.3%	Total	1'494'194	100%	24.1%	

Quellen:

Statistisches Bundesamt Destatis, [Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland](#), vorläufige Ergebnisse für 2022, Stand Mai 2023 (Exceldatei).

Statistisches Bundesamt Destatis, [Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland](#), vorläufige Ergebnisse für 2021, Stand April 2022.

*) Statistisches Bundesamt Destatis, Genesis Online Datenbank, [Ergebnis 51000-0003](#), Ergebnisse für Norwegen und Vereinigtes Königreich im Jahr 2021, Stand Mai 2023.

⁷⁶ Anteil am Exportvolumen insgesamt

⁷⁷ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Bilateral Handel zwischen der Schweiz und Deutschland

	Export (Mio. CHF)	<i>Veränderung</i> (%)	Import (Mio. CHF)	<i>Veränderung</i> (%)	Saldo (in Mio.)	Volumen (in Mio.)
2018	47'251	4.6	56'566	3.7	-9'315	103'817
2019	47'685	0.9	57'191	1.1	-9'506	104'876
2020	46'081	-3.4	53'249	-6.9	-7'168	99'330
2021	50'613	9.8	57'134	7.3	-6'521	107'747
2022	51'030	0.8	66'739	16.8	-15'709	117'769
(Total 1)*	(43'723)	(-1.0)	(64'227)	(16.5)	(-20'504)	(107'950)
2023 (I-VI)**	23'665	-11.1	31'091	-7.8	-7'427	54'756

*) Total «Konjunktursicht» (Total 1): ohne Gold in Barren und andere Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten

***) Veränderung (%) gegenüber Vorjahresperiode

Exporte***	2021 (% des Totals)	2022 (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	35.5	32.0
2. Maschinen, Apparate, Elektronik	14.9	15.1
3. Metalle	9.9	10.5
4. Textilien, Bekleidung, Schuhe	4.5	4.2

Importe***	2021 (% des Totals)	2022 (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	24.8	22.6
2. Energieträger	6.8	15.5
3. Maschinen, Apparate, Elektronik	16.1	14.5
4. Metalle	11.5	10.7

Quelle:

Plattform [Swiss-Impex](#) des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), Gesamttotal (Total 2): mit Gold in Barren und anderen Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten, Abfragedatum: 06. April 2023.

***) Hinweis: Gesucht via Swiss Impex, Prozentualer Anteil am Gesamthandel mit Deutschland muss manuell ausgerechnet werden.

Hauptinvestoren in Deutschland, nach Land

Jahr: 2021

Platz	Land	Direktinvestitionen (Mio. Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung (Bestand)	Flüsse im vergan- genen Jahr (Mio. Euro)*
1	Luxemburg	127'550	20.7%	+5.8%	-25'024
2	Niederlande	108'340	17.6%	+5.6%	+6'912
3	USA	66'905	10.9%	+16.2%	+17'594
4	Schweiz	47'563	7.7%	-3.1%	+4'766
5	Vereinigtes Kö- nigreich	40'537	6.6%	+9.8%	-3'648
6	Österreich	34'537	5.6%	+1.8%	+988
7	Italien	27'941	4.5%	-3.1%	+2'518
8	Frankreich	27'078	4.4%	-6.7%	+10'943
9	Japan	25'657	4.2%	-13.7%	+3'331
10	Irland	15'652	2.5%	-39.3%	+13'512
...	EU	380'416	61.8%	-1.0%	+9'214
	Total	615'349	100%	+0.9%	+43'725

Quellen:

Deutsche Bundesbank, [Direktinvestitionsstatistiken](#), Aktualisierte Ausgabe, Statistische Fachreihe, April 2023, Tabelle 2 b) Ausländische Direktinvestitionen im Inland nach einzelnen Kapitalgeberländern, ab Seite 94; Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen (konsolidiert); Flüsse: Transaktionswerte zu Direktinvestitionen (nach Forderungen und Verbindlichkeiten) - Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Ausland, ab Seite 23.

Vgl. auch Bundesbank (2023): [German foreign direct investment in 2021/2022](#)

*) im Berichtsjahr 2022